DV 75 Jahre

9/2021

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Der Deutsche Verband feiert seinen 75. Geburtstag

Einleitende Worte von Michael Groschek, Präsident des DV

Europäische Konferenz zur Stadtentwicklung 2015 in Berlin

Lebenswerte Städte und Gemeinden, vielfältige Zentren und Quartiere sowie bezahlbares und angemessenes Wohnen für alle: Dafür setzt sich der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (DV) seit nunmehr 75 Jahren ein. Seine Wurzeln sind international und reichen bis zur Gartenstadtbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Auch wenn sich die Themen und Handlungsfelder im Laufe der Zeit stets weiterentwickelt haben, bleiben Grundprinzipien dieser Bewegung wichtige Leitbilder: qualitätvolle Planung und Städtebau, gesundes, sicheres und bezahlbares Wohnen für alle Bevölkerungsschichten und ein grünes Wohnumfeld, eine gemeinwohlorientierte Bauland- und Bodenpolitik, gute Erreichbarkeit sowie dezentrale Siedlungsstrukturen. Gleiches gilt für den internationalen Ursprung des Verbands, der durch die vielfältigen europäischen Aktivitäten als ein wichtiges Markenzeichen des DV weiter lebendig ist.

Andere Leitbilder haben sich über mehr als ein Jahrhundert hinweg weiterentwickelt. Hier sind vor allem dichtere und funktionsgemischte Siedlungsstrukturen mit einer flächenschonenden Stadtentwicklung und kurzen Wegen zu nennen, die nun an Stelle der Charta von Athen durch die Neue Leipzig-Charta propagiert werden. Neuen Schwung und neue Ideen bringt zudem der fundamentale gesellschaftliche Wandel. In einer individualisierten und kulturalisierten Gesellschaft, in der sich Identitäten stärker ausdifferenzieren und vermehrt Mitgestaltung eingefordert wird, nimmt zu Beginn des neuen Jahrtausends die Beteiligung und Mitwirkung vielfältiger Akteure bis hin zur Ko-Kreation und Ko-Produktion mit jungen Stadtmacher:innen, Kreativen und zivilgesellschaftlichen Initiativen eine viel wichtigere Rolle ein.

Zusätzliche Komplexität sowie neue Anforderungen an eine nachhaltige Wohnungsbau-, Stadt- und Raum-

SONDERAUSGABE

Seite 3:
Ein Rückblick unserer Ehrenpräsidentin Frau Dr. Wiese-von Ofen, den diese bereits zum 70. Geburtstag verfasst hat, illustriert unsere bewegte, vielschichtige und engagierte Verbandsgeschichte.

Seite 11:
Generalsekretär Christian Huttenloher verdeutlicht zum Abschluss die aktuellen und künftigen Themen und Handlungsfelder der Verbandsarbeit.

entwicklungspolitik bringen auch der Klimawandel und die zunehmende Ressourcenknappheit. Themen wie energieeffizientes Bauen und Modernisieren, treibhausgasneutrale Energieversorgung und Mobilität sowie Kreislaufwirtschaft sind nun fester Bestandteil der Arbeit des DV geworden.

Auch die Mitglieder und Partner:innen des Verbands haben sich über die Jahrzehnte immer weiter ausdifferenziert und umfassen nun nicht nur Vertreter:innen aus Städtebau und Architektur, Wohnungswirtschaft und private Eigentümer:innen, Mieter:innen, Finanzinstitutionen, Bund, Länder und Kommunen, sondern auch die Energiewirtschaft sowie vielfältige Personen und Organisationen aus der Zivilgesellschaft.

Bei der Vielfalt an Akteur:innen und neuen Anforderungen bleiben auch Ziel- und Interessenkonflikte zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Ansprüchen nicht aus. Diese gilt es konstruktiv auszutragen und auszubalancieren, um gemeinsam zu nachhaltigen und resilienten Handlungsansätzen zu kommen. Genau dafür steht der DV seit jeher. Mit seinen Beiträgen zum interdisziplinären und akteursübergreifenden Dialog ist er die Stimme der Vernunft, die stets auf fachlich orientierten Austausch und Lösungen im Sinne des Gemeinwohls bedacht ist. Das wird auch weiterhin die Mission des Verbands bleiben.

In dieser kurzen Historie blicken wir auf die Genese und Weiterentwicklung dieser prägenden Leitbilder des Verbands zurück. Dabei gewährt vor allem unsere Ehrenpräsidenten Frau Dr. Wiese-von Ofen, die neben den verschiedenen Präsidenten den DV über viele Jahrzehnte als engagiertes Mitglied und langjährige Verbandsratsvorsitzende wesentlich geprägt hat, einen Einblick in die 75-jährige Geschichte des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung. Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre!

Michael Groschek, Staatsminister a. D.
Präsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Politischer Abend zum Klimaschutz mit Bundesumweltministerin Schulze

ifs Wohnungspolitisches Forum mit Bundesfinanzminister Scholz

Michael Groschek bei der Regionalkonferenz zur Neubauakzeptanz in Hannover

Rückblick auf unsere bewegte Verbandsgeschichte

Dr.-Ing. Irene Wiese-von Ofen

Internationale Vorgeschichte und Gründung

Schaut man heute auf die letzten 70 Jahre zurück, sollte die erste Empfindung Dankbarkeit sein für sieben Jahrzehnte Frieden. Bezogen auf die Weltgeschichte und besonders die deutsche Geschichte mit ihren zerstörerischen Auswirkungen auf Wohnungswesen und Städtebau sind diese Jahrzehnte des Friedens eher die Ausnahme denn die Regel im Zusammenleben der Menschen. Umso wichtiger ist es, Erinnerungen wach zu halten und Anfänge zu thematisieren, um sich immer wieder von Neuem den Herausforderungen der Gegenwart zu stellen.

Der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung mit seiner Gründung im Jahr 1946 hat eine „Vorläufergeschichte", die ihm – fast könnte man sagen – seine „DNA" mitgegeben hat, vor allem im Hinblick auf Ziele und Grundsätze, aber auch bezogen auf die Struktur der Organisation und ihrer Gremien.

Im Jahr 1913 wurde in England von Sir Ebenezer Howard die „Garden Cities and Town Planning Association" gegründet, basierend auf der Idee der Gartenstadtbewegung. Aus ihr ging nach dem Ersten Weltkrieg die „International Federation for Housing and Planning, IFHP" hervor. Sie hatte zum Ziel „das Verständnis für die Zusammenhänge menschlicher Siedlungen in einer sich ändernden Welt zu schaffen und zu fördern". Sie ist entscheidend geprägt von den negativen Erfahrungen der Wohnverhältnisse in den von der rasanten Industrialisierung veränderten Städten des 19. Jahrhunderts sowie den Kriegserfahrungen. So entstand die Sehnsucht nach Licht, Luft und Sonne, nach Autonomie des Gemeinwesens, nach Eigentum und Selbstbestimmung, solidarischer Nachbarschaft und Überschaubarkeit, die auch die deutsche Reformbewegung charakterisierten.

Die Gartenstadtbewegung breitete sich vor und nach dem Ersten Weltkrieg über Europa und auch in anderen Teilen der Welt aus. Auch in Deutschland fand sie angesichts von Kriegszerstörungen und Flucht breiten Wiederhall, allerdings ohne das Element des Gemeinschaftseigentums, das zur Lösung der Wohnungsnot nach dem Krieg nicht geeignet schien. Angesichts dieser Unterschiede erfolgte durch den deutschen Stadtplaner Hans Kampffmeyer eine zwischenzeitliche Abspaltung in Form des neu gegründeten „Internationalen Verbandes für Wohnungswesen", der sich dem sozialen Wohnungsbau widmete. Durch die vielen erhalten gebliebenen Kontakte sowie die Erkenntnis, dass angemessener Wohnungsbau eine weltweite Aufgabe sei

Verbandsratssitzung

AUTORIN

Dr.-Ing. Irene Wiese-von Ofen hat seit den frühen 1960er Jahren im DV mitgewirkt. Seit 1981 war sie als Dezernentin der Stadt Essen Arbeitskreisvorsitzende und von 1987 bis 2009 Vorsitzende des Verbandsrates. Zudem war sie zwischen 1996 und 2004 Präsidentin des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung.

und zur Lösung der Wohnungsbauprobleme sui generis Städtebau und Raumordnung gehören, erfolgte nach dem Tod von Ebenezer Howard im Jahr 1928 die Vereinigung beider Verbände. Der Name „Internationaler Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, IVWSR" mit drei Sprachen (International Federation for Housing and Planning, IFHP, Fédération Internationale pour l'Habitation, l'Urbanisme et l'Aménagement des Territoires, FIHUAT) war Programm und blieb es bis heute. Bis 1943 hatte der IVWSR seinen Sitz in Deutschland.

Gemäß seiner Satzung widmete sich der IVWSR dem Gedankenaustausch, der Koordination und der Kooperation zwischen allen juristischen und natürlichen Personen, die an den Zielen der selbstlosen Förderung von Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene interessiert waren. Er tat dies über die Schaffung eines Netzwerkes, Schulungen, Lehrgänge, Kurse, Vorträge, Sommerschulen, Weltkongresse, Wettbewerbe, Ausstellungen, Dokumentationen, Berichte und Gutachten, mit Hilfe von Ausschüssen, Arbeitsgruppen sowie die Pflege von Beziehungen mit Behörden sowie staatlichen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen. Dabei wahrte der Verband Unparteilichkeit in Fragen von Politik, Religion und Rasse.

Der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung hat bei seiner Neugründung im April 1946 in Gaildorf bei Stuttgart diese Ziele und das inhaltliche Band ebenso wie die organisatorische Struktur weitgehend fortgeführt. Zur Neugründung kam es, da ab 1943 in Deutschland die internationale Arbeit des IVWSR nicht mehr fortgeführt werden konnte. Noch bis in die ersten Kriegsjahre blieb allerdings die hohe neutrale Fachlichkeit der Deutschen international anerkannt (ab 1933 war der Stuttgarter Oberbürgermeister Ströhlin Präsident des IVWSR und Hans Kampffmeyer Sekretär mit Paula Schäfer an seiner Seite). Der IVWSR wanderte im Zweiten Weltkrieg nach Großbritannien ab, behielt aber Name, Zielsetzung und Struktur bei, sodass er eine bis heute ungebrochene Biografie hat – mit wechselnden Geschäftsstellen in Großbritannien, lange in Deutschland, am längsten in den Niederlanden sowie zur Zeit in Dänemark. Der Deutsche Verband konnte bei seiner Gründung 1946 zwar an das auf bestimmte Personen bezogene professionelle und fachliche „Kapital" seiner Vorgeschichte anknüpfen, musste aber die Gremien neu aufbauen und sich seine Reputation wieder neu erarbeiten.

Die ersten Jahre nach der Neugründung

Erster Präsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung war Gottlob Binder, Minister für Wiederaufbau in Hessen. Erste Generalsekretärin war Paula Schäfer, die auch die Archive des IVWSR während der deutschen Geschäftsführung betreut hatte. Dadurch, sowie durch Kontakte der verbliebenen deutschen Fachleute untereinander und mit ausländischen Kollegen, war eine Anknüpfung an die Vorkriegsaktivitäten gegeben. Außerdem kam es schon früh zu Kontakten zwischen DV und IFHP, so dass ausländische Redner vom DV eingeladen wurden und umgekehrt die Deutschen 1950 beim IFHP über den Wiederaufbau in der BRD berichteten.

Am Anfang war der Schwerpunkt der Gremienvertreter auf Süddeutschland ausgerichtet, weil auch bis 1948 der Sitz in Ludwigsburg lag, dann in Frankfurt und erst ab 1954 in Köln. Herrn Binder folgte 1958 Prof. Dr. Ernst May, von 1961 bis 1970 Dr. Carl Schweyer, der schon 1958 zum stellvertretenden Präsidenten des IFHP gewählt worden war. Diese Wahl brachte die beharrliche und engagierte Mitarbeit des DV auf dem internationalen Parkett des IFHP zum Ausdruck, nachdem deutsche Vertreter dort wieder zugelassen waren.

Im DV waren die 1940er und 1950er Jahre geprägt von der grundsätzlichen Befassung mit dem Aufbau des Staates und seiner Verwaltungsstrukturen in der in Gründung befindlichen Bundesrepublik und deren Bedeutung für Städtebau, Wohnraumversorgung und räumliche Ordnung. Die Themen der gut besuchten und bald fachlich anerkannten

Generalsekretärin Paula Schäfer mit Präsident Gottlob Binder

Internationale Städtebauausstellung 1950 in Amsterdam

Veranstaltungen waren der Wiederaufbau, Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Baukostensenkung und andere Rationalisierungspotenziale bei Wohnungsbau, Baugestaltung sowie Bauland-Bereitstellung.

Eine zentrale Debatte ging um den Wiederaufbau der alten Stadtstrukturen – ob wie in Münster oder Nürnberg am Beispiel der historischen Stadtstrukturen, oder totale Neuanfänge wie in Kassel oder Hannover. Es ging um die Frage der nun demokratischen Stadtgesellschaft und deren Ausdruck in der gebauten Umwelt, ebenso wie um Grundsatzentscheidungen zum freien Spiel der Kräfte gegenüber staatlicher Steuerung oder Lenkung durch Subventionen. Die bis heute noch offene Lösung der Bodenfrage, eines Wertausgleichs, aber vor allem der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum und der gerechten Verteilung der Chancen des Eigentums waren Themen, die nach Jahrzehnten heute immer noch bzw. wieder so modern sind wie damals.

Der DV baute nach den Jahren der Abschottung eine Verbandsbibliothek auf und gab eine eigene Schriftenreihe heraus, wertete 134 inländische und 94 ausländische Zeitschriften aus und beteiligte sich an in- und ausländischen Informationsdiensten. Die Mitgliederzahlen stiegen von 460 im Jahr 1963 auf 750 in 1966 und sogar weiter auf 1.300 im Jahr 1970.

Viele Auslandsreisen, auch durch das Angebot gemeinsam an Fachkongressen teilzunehmen, ergänzten das Spektrum der Aktivitäten. Vor allem die Teilnahme an den großen Internationalen Kongressen des IFHP war dem DV in den ersten Nachkriegsjahren ein Anliegen, um wieder in die internationale Arbeit integriert und anerkannt zu werden. 40 Jahre später hingegen hat der DV Ende der 1990er Jahre erfolgreich einen „Pieds à Terre" in Brüssel entwickelt – der „Fuß auf die Erde" war in diesem Fall ein EU-Verbindungbüro, das bis heute erfolgreich arbeitet, womit u. a. im Hinblick auf die unterschiedlichen weltweiten oder europäischen Bezugsgrößen das Interesse an der Arbeit des IFHP im DV fast zum Erliegen gekommen ist. Die Zusammenarbeit mit anderen NGOs und globalen Initiativen kamen dazu.

DIE PRÄSIDENTEN DES DEUTSCHEN VERBANDES

Gottlob Binder, hessischer Staatsminister für Wiederaufbau (1946–1958)

Prof. Dr. Ernst May, Stadtbaurat a. D. Frankfurt und Leiter der Planungsabteilung der Neuen Heimat (1958–1961)

Dr. Carl Schweyer, Beigeordneter a. D. Köln, Rechtsanwalt (1961–1970)

Rolf Schwedler, Bausenator West-Berlin (1970–1977)

Lauritz Lauritzen, Bundesminister a. D. (1977–1980)

Karl Ravens, Bundesbauminister a. D. (1980–2003)

Prof. Paul Klemmer, Leiter des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (2004–2006)

Gernot Mittler, Finanzminister a. D. des Landes Rheinland-Pfalz (2007–2012)

Dr. Jürgen Heyer, Minister a. D. für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr Sachsen-Anhalt (2012–2018)

Michael Groschek, Staatsminister a. D (seit 2018)

Die 1960er und 1970er Jahre

Im Laufe der Jahre hatte der DV sich immer weiter spezialisiert und eine Reihe von Arbeitskreisen und Ausschüssen gebildet: einen wissenschaftlichen Beirat, einen Terminologie-Ausschuss, einen Planungsausschuss, einen Ausschuss für Raumordnungspolitik, einen für ländliche Planung, einen Städtebauausschuss, einen für Sanierungsfinanzierungssysteme, einen Wohnungsbauausschuss und einen für die Ordnung der Wohnungswirtschaft sowie einen Arbeitskreis für Standortfragen, einen für die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Verband und den Arbeitskreis Regionaler Arbeitsgemeinschaften sowie einen Ausschuss für die Planerausbildung. Diese wurden von renommierten Fachleuten geleitet und profitierten von den hohen Mitgliederzahlen der damaligen Jahre. Zahlreiche Stellungnahmen konnten erfolgreich erarbeitet werden. Damit war der DV sowohl für eine persönliche als auch für eine institutionelle Mitgliedschaft attraktiv, wodurch sich eine fruchtbare Mischung ergab.

Da aber insgesamt eine Reihe von Forschungseinrichtungen im Bereich Planung und Wohnungswesen sowie wissenschaftlich Institute und Anwaltskanzleien allmählich in Konkurrenz zu diesen Ausschussaktivitäten des DV traten, kam es zu der Frage der Ausrichtung der Verbandsarbeit mit mehreren Versuchen einer Neustrukturierung. So wurde diskutiert, dass der DV nicht mehr eigene Forschung betreiben solle, sondern die Funktion einer Clearingstelle übernehmen und sich auf die Pflege der Auslandskontakte, die Organisation von Studienreisen und die Veranstaltung von Vorträgen konzentrieren solle. Die Entwicklung zur Clearingstelle kam trotz des aktiven Versuches von Kooperationen mit anderen in und für die Planung tätigen Institutionen nicht zustande. So blieben als Hauptaufgaben die internationale Zusammenarbeit und die Öffentlichkeitsarbeit.

Der DV ging dazu über, Landesgruppen in Hessen, NRW, Bayern und Rheinland-Pfalz zu bilden. Damit verlagerte sich die Arbeit mit Veranstaltungen, Fachreisen, Stellungnahmen und Zusammenarbeit mit Landesregierungen/-behörden erfolgreich in die Ebenen vor Ort. Auch zur DDR wurden fachliche Kontakte gepflegt, jedoch nur mit Personen, nicht institutionsbezogen.

Gleichzeitig wurde die eigene, stets aktuelle Schriftenreihe weiter intensiviert. Eine eigene Verlagsgründung geriet hingegen durch Unregelmäßigkeiten des Generalsekretärs in finanzielle Schwierigkeiten. Aus der fachlichen Arbeit des DV ging die Sektion Raumplanung hervor, die zur Gründung der „Vereinigung Deutsche Planer" führte, woraus die „International Society of City and Regional Planner, ISoCaRP" unter der Präsidentschaft von Prof. Gerd Albers aus München entstand. Dies führte wiederum zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit der DASL und zur zeitweisen Mitherausgeberschaft der Bauwelt. Das vom DV gegründete Gottlob-Binder-Institut für Wohnungs- und Planungswesen gewann in diesem Jahrzehnt an Statur und Anerkennung.

Eine Satzungsänderung führte einen Verbandsrat mit maximal 48 Personen ein und reduzierte den 15-köpfigen Vorstand auf fünf geschäftsführende Mitglieder. 1964 bezog der DV ein eigenes Gebäude in Köln-Mülheim, wo er bis zum Umzug nach Bonn im Jahr 1977 seine Geschäftsstelle hatte.

Die 1970er und 1980er Jahre

In diesen Jahrzehnten kann man von einer Konsolidierung der Wohnraumversorgung in der Bundesrepublik sprechen, an welcher der DV auch mit vielen qualifizierten Kommissionsberichten und Stellungnahmen zu Gesetzesinitiativen Anteil hatte. Unter anderem waren dies:

- Ad hoc Kommission zu einer neuen Städtebau- und Wohnungspolitik: Einsatz für eine sozial abgesicherte Marktwirtschaft,
- Mietenpolitik und Wohnungsbindung, Mietspiegelgesetz, Mustermietverträge für preisgebundenen und nicht preisgebundenen Wohnraum,
- Wohnraumkündigungsgesetz, Berechnungsverordnung,
- Wohnrechtsvereinfachungsgesetz,
- Wertermittlung von Grundstücken,
- Finanzhilfen und Steuervergünstigungen für das Wohnen, Fehlbelegung und Abbau von Fehlsubventionierung, Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes,
- Fragen zur Reform des Bodenrechts im Hinblick auf die Bereitstellung von Bauland und generell die Berücksichtigung sozialer Belange im Städtebau,
- Stellungnahme im Vorfeld des Städtebauförderungsgesetzes 1971, Aufgaben und Lösungsansätze der Stadterneuerung,
- Abschaffung der Gemeinnützigkeit ab 1988.

1979 ging der DV eine Bürogemeinschaft mit der GEWOS ein, die 1985 dann zur Fusion führte. 1972 war bereits lange über eine Kooperation mit dem Volksheimstättenwerk verhandelt worden. Es blieb aber bei loser Zusammenarbeit, da Ziele und interne Kulturen beider Verbände zu unterschiedlich waren.

Im Jahr 1970 wurde Senator Rolf Schwedler zum Nachfolger von Carl Schweyer gewählt, der Präsident des IFHP wurde. 1977 folgte ihm Bundesminister a. D. Dr. Lauritz Lauritzen und 1980 Bundesminister a. D. Karl Ravens, der bis zum Jahr 2003 mehrfach wiedergewählt wurde. Als Verbandsratsvorsitzende wirkten bei Entstehung dieses Gremiums 1957 Herr Dr. Schmidt und von 1961 bis 1970 Herr Dr. Fischer-Diskau. Dessen Nachfolger wurde bis 1986 Minister a. D. Bucher, dem von 1987 bis 2009 Frau Dr.-Ing. Irene Wiese-von Ofen folgte.

Man kann daraus erkennen, dass der Deutsche Verband in großer Kontinuität geführt wurde. Das tat nicht nur seinem

Ansehen gut, sondern brachte auch eine Stetigkeit in die beratende Arbeit, in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit und in die positive Verbindung zur Politik sowie zu Bundes- wie Länderverwaltungen. Wichtig war immer eine ausgewogene Mitgliedervertretung aller am Städtebau und Raumordnung interessierten und handelnden Akteure.

Diese Stetigkeit und hohe Qualifikation gilt auch für die Generalsekretäre: Paula Schäfer betreute seit 1922 zunächst die Geschicke des IVWSR, dann von 1946 bis 1954 den Deutschen Verband. Ihr folgte Herr Dr. Halstenberg von 1954 bis 1962, der dem DV anschließend als Vizepräsident zur Verfügung stand. Seine Nachfolger waren Dr. Isbary (1963–1964), Benno Heinen (1964–1968) und Claus Winter (1968–1971). Ihm folgte von 1973 bis 1977 Hans Kampffmeyer, der zugleich in den Arbeitsgruppen des IFHP sehr aktiv war. Gerhard Orgass war Generalsekretär von 1977 bis 1984, gefolgt von Frau Dr. Kurth von der GEWOS, welche 1990 von Herrn Dr. Oberbeckmann abgelöst wurde, der sich im Jahr 2000 zurückzog, als der Umzug nach Berlin anstand.

Lange Zeit gab das „Dreigestirn" dem Verband gemeinsam Profil: Karl Ravens als Präsident, Dr. Irene Wiese-von Ofen als Verbandsratsvorsitzende und Dr. Ludwig Oberbeckmann als Generalsekretär. Vor allem die Themen und Aufgaben der deutschen Vereinigung und die Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit sowie die Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem IFHP, dessen Präsidentin Dr. Irene Wiese-von Ofen von 1986 bis 2004 war, wurden in dieser Zeit in fruchtbarer Zusammenarbeit und fachlicher wie menschlicher Verlässlichkeit gestaltet.

Die 1990er und 2000er Jahre

Bereits Mitte der 1990er Jahre unternahm der DV zunächst mit dem URBAN-Netzwerk, später mit der Beteiligung an INTERREG-Programmen sowie der Mitwirkung an der Leipzig-Charta und der Territorialen Agenda der EU, die zur Deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 verabschiedet wurden, eine deutliche Ausrichtung auf die Aufgaben der EU und unterstützte die deutschen Belange in Brüssel. Die Mitarbeit an URBACT und weiteren EFRE-Projekten runden das EU-Engagement des DV bis heute ab. Im Jahr 2001 richtete der DV eine eigene Geschäftsstelle in Brüssel ein, da die vielfältige Ausweitung der Kenntnisse sowie die Unterstützung bei immer wichtiger werdenden internationalen und globalen Themen (vor Ort) deutlich wurde. In der Rückwirkung steigerte sich damit die Kompetenz des DV im eigenen Fachbereich, was die verschiedenen Arbeitsgruppen, Kommissionsberichte und Empfehlungen in verschiedenen Politikfeldern betrifft. Es brachte aber auch mehr Beteiligung in diesem europäischen Feld.

Besonders bemerkbar machte sich das in den 1990er Jahren, im Zuge der durch die Vereinigung erforderlich gewordenen Integration der Bauplanungsgesetze, deren Kenntnisse der DV in 240 Seminaren in aktiven Schulungen in Groß- und Kleinstädten der ehemaligen DDR vermittelt hat. Darüber hinaus wurde mit der Gründung des Deutschen Seminars für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) die praktische Arbeit in den ostdeutschen Städten mit Seminaren, Schulungen, Projektsteuerungsempfehlungen und der Erarbeitung von Tools im interdisziplinären Arbeiten unterstützt – mit dem Ziel, die gefährdeten Innenstädte und deren Handelsfunktion zu stärken.

Fachgespräch mit Bundesminister Tiefensee

Sitzung der Demographiekommission

Der DV gründete darüber hinaus eine DV-GmbH, um auf die Dauer fachorientierte Fortbildung, Forschung und Veranstaltungen anbieten zu können, dies vor allem um den Wohnungsunternehmen in den neuen Bundesländern fachliche Unterstützung anzubieten. Es ging aber auch darum, EU-Projekte zu bearbeiten und Lead Partner zu sein. Ein Beispiel eines solchen erfolgreichen Projektes mit dauerhafter Wirkung ist die Europäische Route der Backsteingotik in den Anrainerländern der Ostsee, die heute als selbständiger Verein zur Förderung von Baukulturerbe und Tourismus wirkt. Aber auch der Einsatz für einen durchgängigen multimodalen transeuropäischen Verkehrskorridor von der Ostsee bis zur Adria spielte in mehreren INTERREG-Projekten eine maßgebliche Rolle.

In den folgenden Jahren wurden Prof. Dr. Klemmer (von 2004–2006), Minister a. D. Mittler (von 2006–2012), Minister a. D. Dr. Heyer von (2012 bis 2018) und Michael Groschek, Staatsminister a.D. (von 2018 bis heute) zu Präsidenten des DV gewählt. Kompetente Generalsekretäre hatte der DV mit Dr. Brey von 2001–2010 sowie mit Herrn Huttenloher von 2011 bis heute. Durch eine satzungsbedingte Straffung der Gremien übernahm ab 2010 der DV Präsident auch den Vorsitz im Verbandsrat.

Der DV hat in erfolgreicher Arbeit in den letzten Jahren mit viel Zuspruch entsprechender Fachkollegen die Arbeitsgruppen „Städtebau/Raumordnung", „Wohnungswesen", und „Europa" im Form ständiger Komitees eingerichtet. Daneben bearbeitet der DV in Zusammenarbeit mit anderen jeweils dafür in Frage kommenden Vereinen, Verbänden, Wissenschafts- oder Forschungsinstituten bestimmte aktuelle Themen, die der DV entweder selbst aufgreift oder die an ihn herangetragen werden, oder er engagiert sich mit Stellungnahmen im Vorfeld zu Gesetzen oder öffentlichen Fragestellungen. Dies glückt umso besser, je breiter das Mitgliederspektrum aus den relevanten Bereichen ist, und die immer wieder spannende Mobilisierung persönlicher oder institutioneller Mitarbeit gelingt.

Dafür sind die oft mehrjährigen, interdisziplinär besetzten Kommissionen und Ad Hoc Arbeitsgruppen, wie zur Zeit z. B. zur Energiewende oder zur Liegenschaftspolitik, mit ihrer breiten Beteiligung betroffener benachbarter Fachdisziplinen, sehr wichtig. Zwischen 1998 und 2009 entstanden so wegweisende Kommissionsberichte zur Bodenpolitik und zum Bodenwertausgleich, zum Wohn-Riester, zur Ökonomisierung der Wohnungswirtschaft, zum Demographischen Wandel, zur Klimaschutzpolitik, zur Zertifizierung von Stadtteilen oder zum altersgerechten Wohnen.

Aber auch in kurzfristigen Veranstaltungen, Vorträgen oder in den Treffen zu jeweils aktuellen Fragestellungen vermag der DV nach wie vor eine notwendige, anerkannte Plattform zu bieten. Neuen Bereichen widmet sich der DV durch die Betreuung verschiedener nationaler und internationaler Netzwerke. Positionspapiere, Berichte, Dokumentationen und ein Newsletter mit regelmäßigen Berichten aus Brüssel runden die immer schneller erwarteten Informationen wirksam ab.

Dies alles ist eine seit 75 Jahren geübte und erfolgreiche Praxis des DV. Sie zeigt, wie sehr Städtebau und Wohnungswesen in ihrer Komplexität auf Interdisziplinarität an-

Symposium Wohnen im Alter

Jahrestagung in Berlin

gewiesen sind und hoher Fachlichkeit in der Bearbeitung bedürfen. Zwar sind die Themen gewissem Wandel unterworfen, was die jeweilige Aktualität der Fragestellungen betrifft, aber sie bleiben im gesellschaftlichen Kontext und in ihrer Raumbezogenheit eine fortlaufende Herausforderung, der man sich in der Form des offenen Forums und des qualitätsvollen Gedankenaustausches immer noch am besten nähern kann, um zu kompetenten Empfehlungen und ausgewogenen Lösungsvorschlägen zu kommen. In diesem Sinne und mit diesem Auftrag wird der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. seine Arbeit im nächsten Jahrzehnt weiter fortsetzen.

Wir danken allen, die mit ihrem Engagement zum erfolgreichen Wirken des Deutschen Verbandes seit 1946 beigetragen haben.

Jahrestagung in Berlin

Jahrestagung in Köln

Europäische Konferenz zur Stadtentwicklung in Berlin

Politisches Podium mit Bundestagsabgeordneten zur Jahrestagung

Jahrestagung in Berlin

75 Jahre am Puls der Zeit und mit Blick in die Zukunft

Christian Huttenloher

Seit seiner Gründung ist die Stärke des DV seine vielfältige Mitglieder- und Partner:innenstruktur. Mit dem Fokus auf interdisziplinären und akteursübergreifenden Interessenausgleich kann der DV stets am Puls der Zeit agieren und frühzeitig wichtige Zukunftsthemen aufgreifen sowie angemessen komplex debattieren. Auch bei den Top-Herausforderungen der jüngsten Vergangenheit konnten wir so dazu beitragen, gemeinsame Lösungen zu entwickeln. Zu nennen sind hier zum Beispiel der Klimaschutz im Gebäudebestand, der demographische Wandel mit altersgerechtem Umbau von der Wohnung bis zum Quartier, die Herausforderung angespannter städtischer Wohnungsmärkte und damit verbunden eine gemeinwohlorientierte Boden- und Baulandpolitik für mehr bezahlbaren Wohnungsneubau sowie die Unterstützung der Wohneigentumsbildung für breite Einkommensschichten angesichts von steigenden Immobilienpreisen und zunehmender Eigenkapitalschwäche.

Impulsgeber beim Klimaschutz im Gebäudebestand

Der DV plädiert für ambitionierte und zugleich ganzheitliche und technologieoffene Maßnahmen beim Klimaschutz im Gebäudebestand. Dabei gilt es, ein soziales, wirtschaftliches und baukulturelles Optimum an Wärmeschutz und Energieeffizienz auszuloten. Hierzu waren wir schon früh und entschlossen als Mittler und Impulsgeber aktiv. Im Jahr 2009 erarbeitete der DV erstmals in einer Kommission zu den Potenzialen des Klimaschutzes im Wohngebäudebestand zielgerichtete Handlungsempfehlungen zum Thema. Seitdem ist der Verband in seiner Arbeitsgruppe „Energie, Immobilien und Stadtentwicklung" – zunächst unter Leitung des ehemaligen Bundesumwelt- und Bundesbauministers Prof. Dr. Dr. Klaus Töpfer – fortlaufend mit dem Thema befasst. Zuletzt haben wir in einem Runden Tisch „Neue Impulse für nachhaltigen Klimaschutz im Gebäudebestand" unter Leitung des ehemaligen Ludwigsburger Oberbürgermeisters Werner Spec fundierte Empfehlungen für räumlich integrierte und sektorenübergreifende Ansätze zur Sanierung der Gebäude in Verbindung mit erneuerbarer Energieversorgung vorgelegt.

Fachtagung zu Erbbaurechten in Köln

AUTOR

Christian Huttenloher ist seit 2001 für den Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung tätig, zunächst als Büroleiter und Geschäftsführer in Brüssel, seit 2010 als Generalsekretär.

Dialoggestalter bei Boden- und Baulandpolitik

Zudem gab der DV den entscheidenden Anstoß, dass im „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen" des Bundes frühzeitig die Boden- und Baulandfrage als zentraler Engpass- und Kostenfaktor für ausreichend bezahlbaren Wohnungsneubau adressiert wurde. Für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit organisierte der Verband die Bündnisarbeitsgruppe „Aktive Liegenschaftspolitik" sowie Regionalkonferenzen zur Neubauakzeptanz. Die Ergebnisse lieferten wichtige Grundlagen für die Expertenkommission „Nachhaltige Bauland- und Bodenpolitik" beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, für die der DV als Geschäftsstelle fungierte. Zusammen mit einem Fachdialog „Erbbaurechte" und wei-

teren Aktivitäten entstanden daraus wichtige Impulse für verstärkte boden- und baulandpolitische Aktivitäten in den Kommunen und Unterstützungsangebote der Bundesländer, ebenso wie die Grundlagen für die BauGB-Novelle durch das Baulandmobilisierungsgesetz im Jahr 2021.

Europäisch vernetzt und mit Blick für alle Ebenen

Das stadtentwicklungspolitische Highlight bildete schließlich die Ende 2020 von allen EU-Stadtentwicklungsministern verabschiedete „Neue Leipzig-Charta", für deren Erarbeitung der DV mit Partnern im Auftrag des Bundesinnenministeriums einen fast dreijährigen umfangreichen und offenen Dialogprozess organisierte. Auf Basis dieser transparenten, partizipativen und europaweiten gemeinsamen Formulierung und Diskussion zur Erneuerung der Charta aus dem Jahr 2007 entstanden breit abgestimmte und akzeptierte Grundprinzipien und Leitlinien für eine integrierte, ko-produktive und ortsbezogene Stadtentwicklungspolitik. Die Umsetzung dieser Prinzipien in all ihren Teilfacetten treibt der Verband weiter voran. Die Charta bildet mit ihrem Mehrebenen-Ansatz zudem eine gute Klammer für die nationalen und europäischen Aktivitäten des DV im Bereich der städtischen Dimension der EU-Kohäsionspolitik, die wir weiterhin intensiv begleiten. Darüber hinaus befasst sich der DV im Kontext von URBACT und der INTERREG-Programme mit der transnationalen Zusammenarbeit in der Stadt- und Raumentwicklung. Ein weiteres Schwerpunktthema ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Mit Projekten zur Verbesserung der regionalen Daseinsvorsorge und der Erreichbarkeit in peripheren, strukturschwachen Räumen setzt sich der DV für die Umsetzung der „Territorialen Agenda 2030" ein.

Neue Themen und Herausforderungen: Konstruktiver Austausch weiter gefragt

Die strategischen europäischen Leitlinien zur Stadt- und Raumentwicklung, aber auch die vielfältigen nationalen Diskurse lassen bereits einige Kernanliegen erkennen, die in den nächsten Jahren unser Handeln bestimmen werden. Hierzu zählen resiliente Strukturen für Klima- und Ressourcenschutz und die Anpassung an den unvermeidbaren Klimawandel sowie eine Ausrichtung auf das Gemeinwohl und lebenswerte, multifunktionale und sozial ausgewogene Städte und Gemeinden. Auch mit Blick auf die teils dramatischen Folgen der Corona-Pandemie für unsere Innenstädte und Stadtteilzentren müssen diese Kernanliegen Teil der Lösung werden. Hier gilt es, aufbauend auf den Erfahrungen aus dem bereits vor Corona einsetzenden Bedeutungsverlusts unserer Innenstädte als Einkaufsstandorte im Zuge des Onlinehandels, neue kreative und aktivierende Handlungsansätze für lebendige, multifunktionale Innenstädte zu liefern. Dazu braucht es auch neue Allianzen in neuen Akteurskonstellationen aus etablierten Institutionen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft auf der einen Seite und neuen kreativen, soziokulturellen und zivilgesellschaftlichen „Stadtmachern" auf der anderen. Hier gibt es auch zukünftig reichlich zu tun für den DV, der prädestiniert ist, den konstruktiven Austausch in solchen Allianzen voranzubringen.

Konferenz zur europäischen Stadtentwicklungspolitik in Düsseldorf

Abschlussevent „Runder Tisch Klimaschutz im Gebäudebestand" in Berlin

IMPRESSUM: Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. | Littenstraße 10 | 10179 Berlin
Tel. +49 (0)30 20613250 | Fax +49 (0)30 20613251 | info@deutscher-verband.org | www.deutscher-verband.org